

# Bündnis 90/Die Grünen

## 26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

### Für einen radikalen Realismus in der Ökologiepolitik

Bündnis 90/Die Grünen haben Deutschland sieben Jahre mitregiert. Neben der gesellschaftspolitischen Modernisierung verbuchen wir große umweltpolitische Erfolge auf der Habenseite unserer Regierungsbeteiligung. Dazu stehen wir selbstbewusst. Doch angesichts der tatsächlichen Herausforderungen können wir bestenfalls von positiven Anfängen sprechen, die nicht selten neben fortdauernden Fehlentwicklungen stehen. Es ist ja richtig, dass Deutschland in Sachen Klimaschutz einer der wenigen Einäugigen unter den Blinden ist. Aber wahr ist auch, dass unsere Pro-Kopf-Emissionen nach wie vor die höchsten unter Europas großen Industrienationen sind.

Es war unerlässlich, in Regierungsverantwortung politische Kompromisse zu finden. Aber es wäre falsch, diese zur programmatischen Basis für die Zukunft zu machen. Das Bestreben, nicht anzuecken, wäre unzeitgemäß und würde grau machen. Die Bewahrung rot-grüner Errungenschaften allein wäre auch nicht genug. Wir wollen uns vielmehr ernsthaft auf kommende Regierungsbeteiligungen vorbereiten, was auch selbstkritische Analysen einschließt.

Dass uns von der Mehrheit der Menschen in unserem Land die ökologische Kompetenz zugeschrieben wird, darf nicht zu falscher Selbstgewissheit führen. Natürlich sind Bündnis 90/Die Grünen keine Ein-Punkt-Partei. Natürlich decken wir das gesamte Themenspektrum mit Herz und Verstand ab. Aber eine ökologische Sicht auf die Welt ist wesentlich mehr als nur Umweltpolitik. Im Gegenteil: Da, wo Ökologie in den Käfig der Umweltpolitik eingesperrt bleibt, springt sie systematisch zu kurz. Wir Grüne sehen deswegen unsere große Aufgabe darin, einer ökologischen Sichtweise insgesamt zum Durchbruch zu verhelfen. Diese muss die Gerechtigkeitsdimension von vornherein einschließen. Wir Grüne sehen deswegen unsere große Aufgabe darin, einer ökologischen Sichtweise insgesamt zum Durchbruch zu verhelfen.

Heute beherrschen alle Parteien die Rhetorik des Umweltschutzes. Doch gleichzeitig geraten Strategien eines weitergehenden ökologischen Strukturwandels politisch in die Defensive. Am gefährlichsten für eine anspruchsvolle Politik ist der breiige Konsens, der sich inzwischen um den Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ gebildet hat. Im Windschatten der Plädoyers für "Umweltschutz mit Augenmaß" lassen sich noch die übelsten Politikkonzepte rechtfertigen. Ein Blick auf die jüngste Politik der großen Koalition macht die Richtung dieses „Öko-Neusprechs“

überdeutlich: Das Umweltrecht soll effektiver werden, aber mit der Föderalismusreform wird sehenden Auges seine Zersplitterung betrieben. Die Landwirtschaft wird als Hüterin unserer Kulturlandschaft gepriesen, aber die ökologische Säule der Agrarpolitik wird vorsätzlich zertrümmert. Der Klimaschutz wird als Schwerpunkt der Regierung deklariert, aber der Emissionshandel wird zum Förderprogramm für den Neubau von Kohlekraftwerken. Natürlich führt man den Verbraucherschutz im Munde, aber die Bundesregierung inklusive Umweltminister Gabriel und Deutschlands Industriekommissar kämpfen aktiv gegen die umwelt- und verbraucherfreundlichere Chemikalienverordnung der EU (REACH) Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

### **Die falschen Friedensverträge aufkündigen!**

Wir werden die falschen Friedensverträge gegenüber denjenigen aufkündigen, die unter der Überschrift einer nachhaltigen Entwicklung das ökologische Rad zurück drehen oder zumindest zum Stillstand bringen wollen. Angesichts der Dimension und der Dringlichkeit des Klimawandels muss die Politik die Verzögerungs- und Blockadehaltung weiter Teile der Wirtschaft überwinden. Unverbindliche Selbstverpflichtungen der Industrie mögen dem Bedürfnis nach gesellschaftlichem Konsens entgegenkommen, einen Beitrag zu einer realistischen Klimaschutzpolitik bilden sie in den meisten Fällen nicht. Der Weg in die Klimakatastrophe ist mit gebrochenen Versprechen der Industrie gepflastert. Ob es um die Zusage geht, die Emissionswerte für Pkw zu senken, oder um den versprochenen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung – allzu oft haben sich Selbstverpflichtungen der Wirtschaft als ungedeckte Wechsel herausgestellt. Was Not tut, ist Politik auf Augenhöhe der ökologischen Herausforderungen. Unsere Aufgabe ist es, deutlich zu sagen, was ist, was werden könnte, wenn nicht gehandelt wird, und was zu tun ist. Wir wollen einen neuen Realismus in der Ökologiepolitik, weil die Annahmen, die bisher gemacht wurden, nicht realistisch waren. Neuer Realismus und neue Radikalität sind in der ökologischen Frage heute zwei Begriffe für einen und denselben Sachverhalt.

Funktionierende Märkte allein sind keine Gewähr für ökologischen Fortschritt. Ohne staatlichen Rahmen und ökologische Regulierung wird das Marktprinzip leicht zu einer Triebfeder für Umweltverbrauch, Naturzerstörung und die systematische Missachtung der Grenzen des Wachstums. Grün wird die Marktwirtschaft erst durch einen handlungs- und durchsetzungsfähigen Staat, der Umweltverschmutzung bekämpft, verbindliche Grenzwerte vorgibt und die ökologischen Kosten von Umweltbelastungen in die Marktpreise internalisiert. Grüne Marktwirtschaft braucht eine leistungsfähige Umweltverwaltung, die die Einhaltung der Umweltgesetze überwacht und Verstöße sanktioniert.

### **Die Klimakrise als „Summe aller Fehler“**

Der menschengemachte Klimawandel ist keine abstrakte Bedrohung in ferner Zukunft mehr. Er hat längst begonnen und vollzieht sich schneller als die Wissenschaft noch vor fünf Jahren vermutet hat. In ihm spiegeln sich die allermeisten Fehlentwicklungen der modernen Zivilisation: die exzessive Verbrennung von Koh-

#### **Beschluss:**

Für einen radikalen Realismus in der Ökologiepolitik  
S. 2/11

Bündnis 90/Die Grünen  
26. Bundesdelegiertenkonferenz  
1.-3. Dez. 2006, Rheinparkhallen Köln

le, Öl und Gas, die Rohstoffgewinnung und die Industrialisierung mit ihren hohen Energieverbräuchen, die Intensivierung und Chemisierung der Landwirtschaft, die Massentierhaltung und der hohe Fleischverbrauch und die Umwandlung von Wald und Buschland in Weide- und Ackerland wider. Die drohende Klimakatastrophe ist deshalb so etwas wie die "Summe aller Fehler". Diese Fehler, die vor allem in den Industriestaaten begangen wurden und werden, werden nun von den Entwicklungsländern kopiert, allen voran von China, Indien und Brasilien - mit verheerenden Folgen für unsere Erde. Jedoch können wir nicht mit dem Finger auf sie zeigen, sondern müssen uns in Kooperation für eine ökologisch verträgliche Lösung einsetzen.

### **Klimaschutz als Gerechtigkeitsfrage**

Die Lasten des Klimawandels sind sehr ungleich verteilt. Am meisten bedroht von der Klimakatastrophe sind die, die am wenigsten dafür können: einerseits die Menschen in den Ländern des Südens, und dort insbesondere die Armen, und andererseits die kommenden Generationen, die für den Klimawandel nicht verantwortlich sind, aber den Großteil der Folgen tragen müssen. Ärmere Länder haben geringere Möglichkeiten, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Die größte Gruppe der Flüchtlinge sind bereits heute Umweltflüchtlinge.

Leiden doch häufig gerade jene Länder am stärksten unter dem Klimawandel, die am wenigsten dafür verantwortlich sind. Schon heute gibt es mehr Umweltflüchtlinge als Kriegsflüchtlinge. Wenn die globale Erwärmung die Marke von zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Temperaturniveau überschreitet, droht unter anderem das unumkehrbare Abschmelzen der polaren Eismassen verbunden mit einem Meeresspiegelanstieg um mehrere Meter. Dann könnten auch einmalige Ökosysteme absterben, etwa der Amazonas-Regenwald mit seiner einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt.

### **Klimaschutz ins Zentrum grüner Politik**

Nimmt man die Prognosen der Klimaforschung ernst, sind die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre für ein Umsteuern entscheidend. Bündnis 90/Die Grünen werden deshalb als Partei der Ökologie den Klimaschutz konsequent in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen und alle Politikfelder systematisch an diesem Ziel ausrichten. Dafür werden wir werben und auch Akzeptanz in der Bevölkerung gewinnen. Die Kunst wird darin bestehen, nicht nur aufzurütteln, sondern auch mit guten Konzepten eine breite Mehrheit in der Gesellschaft zu überzeugen und zum Handeln zu bewegen. Dabei gehören die soziale und ökologische Frage zusammen. Wir wollen für das Erreichen ökologischer Ziele die sozialen Effekte stärker berücksichtigen. Der sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich zuzuschauen ist keine Option für eine ökologische Gerechtigkeitspartei. Schließlich sind es vor allem einkommensschwache Gruppen, die an einer Verschlechterung der Umweltqualität und einer Erosion der öffentlichen Güter besonders leiden. Sie sind es auch, die einen großen Teil ihres Einkommens für Energie ausgeben müssen und denen Energiearmut droht.

## Verbindliche Ziele erforderlich

Damit die Erfolge einer Politik des Klimaschutzes und des ökologischen Strukturwandels messbar werden, brauchen wir ein Set an klaren Zielen, an denen sich die Politik konsequent ausrichtet, national wie international.

Viele Ziele haben wir für uns schon definiert. Dazu gehört der Klimaschutz: Im Weltmaßstab ist es erforderlich, den Ausstoß an klimaschädlichen Gasen bis zur Mitte des Jahrhunderts um 60 Prozent zu reduzieren. Ziel muss sein, Deutschland zum technologischen und tatsächlichen Vorreiter auf dem Weg zur Nullemission zu machen. Das heißt, wir müssen noch im 21. Jahrhundert erreichen, dass nicht mehr CO<sub>2</sub> und andere klimaschädliche Gase emittiert werden, als zeitgleich wieder gebunden werden. Das langfristige Ziel lautet in der Bilanz also: Nullemission. Auf dem Weg dorthin wollen wir im Rahmen des Kyoto-Plus-Prozesses verbindliche Etappenziele für die Staatengemeinschaft festlegen. Wir brauchen eine deutsche und europäische Vorreiterrolle. Bis 2020 soll Deutschland seinen Klimagasausstoß um mindestens 40 Prozent und die EU ihren um mindestens 30 Prozent reduzieren. Hierzu brauchen wir eine breit angelegte Strategie "Weg von Öl und Atom". An politischer Unterstützung gewinnt auch unser 4 x 25 –Vorschlag für mehr erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe bis 2020 in den Bereichen Strom, Wärme, Kraftstoff und Materialien. Mit der Atomenergie den Klimakollaps bekämpfen zu wollen, ist ein Irrglaube. Uran ist wie Öl und Gas ein knapp verfügbarer, endlicher Rohstoff. Angesichts des Unfallrisikos der AKWs und der ungelösten Endlagerung muss die Atomenergienutzung schnellstmöglich beendet werden.

Andere Ziele müssen erst noch in einem fundierten Diskussionsprozess entwickelt werden, etwa absolute Einsparziele für den Energie- und Rohstoffverbrauch, Ziele für umweltfreundliche Autos, gut gedämmte Häuser und sparsame Elektrogeräte, für mehr Naturschutz, weniger Versiegelung und Zerschneidung der Landschaft, sauberes Wasser, weniger Lärm und bessere Gesundheit.

So wichtig quantitative Reduktions- oder Wachstumsziele für Klimaschutz und ökologischen Strukturwandel sind, reichen sie doch nicht aus, um positive Handlungsenergie zu erzeugen. Als wir 1998 im Wahlkampf standen, hatten wir ökologische Projekte, die jeder kannte und über die sich trefflich streiten ließ: den Atomausstieg, die Ökologische Steuerreform, die Förderung der erneuerbaren Energien. Die Arbeit der Zuspitzung, der Übertragung von Grundideen in ansprechende Politikprojekte liegt noch vor uns. Wir werden 2007 praktische Projekte entwickeln, die zeigen, in welche Richtung es gehen soll:

*Vorfahrt für Energieeinsparung:* Während für die erneuerbaren Energien im Stromsektor zwischen 1998 und 2005 sehr viel erreicht wurde, sind die riesigen Potenziale der Energieeinsparung bis heute völlig unzureichend genutzt. Die für den Klima- und Ressourcenschutz beste Energie ist diejenige, die erst gar nicht genutzt wird. Wir brauchen deshalb klare Vorfahrtsregeln für die Energieeinsparung: das Verbot von Stand-by-Schaltungen, klare Kennzeichnung und anspruchsvolle Grenzwerte für Elektrogeräte, Autos und Häuser. Auch die Einbeziehung externer

### **Beschluss:**

Für einen radikalen Realismus in der Ökologienpolitik  
S. 4/11

Bündnis 90/Die Grünen  
26. Bundesdelegiertenkonferenz  
1.-3. Dez. 2006, Rheinparkhallen Köln

Umweltschäden in die Energiepreise schafft zusätzliche Impulse zur Erhöhung der Energieeffizienz. Wir werden dafür ein Top-Sparer-Programm vorlegen, das Energieintelligenz belohnt. Gesamtwirtschaftlich hat die Energieeinsparung enorme Vorteile, denn faktisch ist sie ja nichts anderes als der Ersatz von teuren Öl- und Gasimporten durch Ingenieursverstand, Handwerksleistungen und Industrieproduktion. Die allermeisten Maßnahmen der Energieeinsparung kommen dem Handwerk und dem Mittelstand zugute: von der Gebäudesanierung über die Heizungsanlagenmodernisierung bis zum Sonnenkollektor und zur Photovoltaikanlage. Wir werden deshalb eine Kampagne "Handwerk hat grünen Boden" entwickeln.

*Kyoto-Plus:* Das Kyoto-Protokoll steht heute doppelt unter Druck: von Seiten derer, die jede Art von Klimaschutz torpedieren; und von Seiten derer, denen das Vertragswerk zu lasch ist. Wir werben für ein Kyoto-Plus, das die Architektur des Protokolls beibehält und weiterentwickelt: Vor allem brauchen wir neue verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgase und schärfere Sanktionsmöglichkeiten. Ziel muss es sein den weltweiten Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad zu begrenzen. Gleichzeitig muss ein Kyoto-Plus für Technologieoffensiven, die Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien geöffnet werden. Wir schlagen ein finanziell großzügig ausgestattetes Klimaprogramm der EU vor, das sich analog zur Mondmission der Amerikaner etwas ganz Großes vornimmt: die Lösung des menschengemachten Klimaproblems!

### **Mit großen Schritten die Erneuerbaren Energien ausbauen**

Mit dem Boom bei den Erneuerbaren Energien haben wir viel erreicht – aber es ist noch mehr nötig. Darum brauchen wir den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht nur beim Strom, sondern mit starker Dynamik auch in den Bereichen Wärme, Verkehr und stoffliche Nutzung. 4 x 25 Prozent bis 2020 ist dabei ein realistisches Ziel. Wir wollen ein ambitioniertes regeneratives Wärmegesetz, das im Wärmebereich einen ähnlichen Boom verursacht, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz im Stromsektor. Ebenso wollen wir die Einspeisung von Biogas in die Gasnetze in breitem Umfang ermöglichen. Auch die Forschung und Bildung in diesem Bereich müssen weiter gestärkt und gefördert werden. Um den weltweiten Technologietransfer für Erneuerbare Energien zu beschleunigen, werben wir für die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA). Wir unterstützen die vom „Club of Rome“ ins Leben gerufene Initiative „Trans-Mediterranean-Renewable-Energy-Cooperation“.

*Wirklich grüne Bioenergien:* Derzeit gibt es einen regelrechten Hype in Sachen Bioenergien. Sie sollen neben dem Strom- und Wärmemarkt zukünftig auch im Verkehr einen Bedeutungszuwachs erfahren. Doch der großformatige Einstieg in den Anbau von Energiepflanzen bringt Probleme mit sich, national wie international. In tropischen Ländern - wie etwa Brasilien, Indonesien und Malaysia - besteht die Gefahr, dass der Anbau von Energiepflanzen zur massiven Rodung von Primärregenwald führt. Auch konkurriert die Nachfrage des Nordens nach Biomasse schon heute mit der regionalen Versorgung von Nahrungsmitteln in

Ländern des Südens. Es wäre der falsche Weg, wenn eine größere Nachfrage nach Biokraftstoffen mit höherem Pestizid- und Mineraldüngereinsatz und einer Ausdehnung von Monokulturen einherginge. Auch das Grünwaschen der Agrotechnik in Form von gentechnisch veränderten Energiepflanzen lehnen wir ab. Zudem fordern wir, dass die Synergie-Möglichkeiten beim nachhaltigen Anbau von Energie- und Lebensmittelpflanzen, z.B. beim so genannten Mischfruchtanbau, intensiv erforscht und genutzt werden. Wir machen uns etwas vor, wenn wir Bioenergien per se als grüne Energie bezeichnen, nur weil sie aus nachwachsenden Rohstoffen stammen. Angesichts der beschriebenen Risiken brauchen wir in jedem Fall eine drastische Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs. Wir werden den Mineralölkonzernen den Begriff „green fuels“ nicht für ihre Strategien überlassen. Die Förderung von Bioenergien muss an klare ökologische Mindeststandards geknüpft werden. Für uns ist klar, dass das Recht auf Nahrung einen Vorrang vor der energetischen Nutzung der Biomasse hat.

*Ökologische Finanzreform:* Die Ökologische Steuer- und Finanzreform ist ein Kind der grünen Familie, das allerdings in den letzten Jahren nicht weiterentwickelt wurde. Sie ist ein überaus erfolgreiches Projekt, denn sie hat es allen gesellschaftlichen Widerständen zum Trotz geschafft, ökologisch zu lenken und die Lohnnebenkosten zu senken. Wir sind davon überzeugt: Für eine verantwortungsbewusste und zukunftsfähige Umwelt- und Finanzpolitik bleibt eine umfassende Ökologische Finanzreform unverzichtbar. Bei ihrer Weiterentwicklung halten wir am Konzept der Aufkommensneutralität fest. Zusätzliches Aufkommen soll weiterhin dazu genutzt werden, Abgaben und Steuern zu senken oder jährliche Energiegutschriften an die Bürgerinnen und Bürger auszuzahlen. So werden besonders Energiesparer und kleine Einkommen profitieren. Teile des Aufkommens sollten auch gezielt in den ökologischen Strukturwandel investiert werden. Gleichzeitig müssen ungerechtfertigte Ökosteuer-Ausnahmen für Großverbraucher und Industrie konsequent reduziert und abgeschafft werden. Umweltschädliche Subventionen von jährlich mehr als zehn Milliarden Euro wollen wir abbauen. Im Gegenzug soll der Kauf von umweltfreundlichen Autos und effizienten Haushaltsgeräten über Energieprämien gefördert werden.

*Globale Ressourcengerechtigkeit:* Auch wenn China, Indien oder Brasilien sich inzwischen in atemberaubendem Tempo industrialisieren, liegt die Hauptverantwortung für den Klimawandel nach wie vor bei den westlichen Industriestaaten. Sie sind es, die pro Kopf das drei-, vier- oder gar zehnfache dessen an Kohlendioxid ausstoßen, was die bevölkerungsreichen Entwicklungsländer in die Atmosphäre entlassen. Diese Asymmetrie muss politisch bearbeitet werden: Zum einen richtet sich der Veränderungsdruck primär an die Industrieländer selbst. Sie müssen ihren Energie- und Ressourcenverbrauch drastisch senken. Zum anderen sollten die Industriestaaten in den internationalen Beziehungen, im Rahmen von Umwelt- und Handelsabkommen, der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Finanzinstitutionen, ihrer moralischen und historischen Verpflichtung nachkommen, Armutsbekämpfung und Umweltschutz gleichermaßen entschieden zu fördern. Ansonsten droht der Klimawandel alle Erfolge der Entwicklungshilfe

**Beschluss:**

Für einen radikalen Realismus in der Ökologiepolitik  
S. 6/11

Bündnis 90/Die Grünen  
26. Bundesdelegiertenkonferenz  
1.-3. Dez. 2006, Rheinparkhallen Köln

zunichte zu machen. Diesem Pochen auf globale Gerechtigkeit müssen die Grünen eine politische Stimme geben. Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels steht in der Verantwortung, Schwellenländer beim Übergang in eine Ressourcen schonende Volkswirtschaft zu unterstützen. Hier kommt der Entwicklungszusammenarbeit eine Schlüsselrolle zu. Die deutsche bilaterale sowie die Entwicklungszusammenarbeit der EU müssen die Begrenzung des Klimawandels zu einem wichtigen Schwerpunkt machen. Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass der Globale Umweltfonds (Global Environment Facility, GEF) mit beträchtlich höheren Klimaschutzmitteln ausgestattet wird.

*Grüne Infrastrukturen für alle:* In den beiden kommenden Dekaden steht in Deutschland eine gigantische Welle von Investitionen im Bereich der netzgebundenen Infrastrukturen an, im Kraftwerksbereich, in der Wasserver- und Abwasserentsorgung, in den Schienennetzen. Dieses Fenster der Möglichkeiten wollen wir für eine ökologische Investitionsoffensive nutzen. Die zentralistischen Infrastrukturen der Vergangenheit wollen wir durch flexible, dezentrale und multifunktionale ersetzen. Um umweltfreundlichen Strom dort einzuspeisen, wo er produziert wird, reicht das bestehende Wechselstromnetz nicht aus. Es muss durch ein Hochspannungsgleichstromübertragungsnetz (HGÜ) ergänzt werden, damit Windstrom von den Küsten des Atlantiks, Wasserkraftstrom aus Nordnorwegen oder Solarstrom aus der Sahara bei nur geringen Verlusten kostengünstig transportiert werden kann. Vor allem im Stromsektor wollen wir sicherstellen, dass die große Zahl der vom Netz gehenden Kraftwerke umweltverträglich ersetzt wird: allem voran durch das Energiesparen, also das Überflüssigmachen der Kraftwerke. Wir unterstützen die Gründung lokaler Energienetze in der Hand der Bürger oder eine Nachfrage-Bündelung durch Energie-Genossenschaften, um die Position der Verbraucher gegenüber den Monopolen der Energieversorger zu stärken.

Bei Neuinvestitionen in der Stromerzeugung setzen wir auf Erneuerbare Energien. Absoluten Vorrang hat für uns die Energieeinsparung. Für einen Übergangszeitraum werden wir freilich noch fossile Energien nutzen müssen, vor allem auf Basis von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Blockheizkraftwerken und perspektivisch Brennstoffzellen. Unser Ziel ist es, den Ausstoß klimaschädigender Treibhausgase in Deutschland bis 2050 um mindestens 80 Prozent zu reduzieren und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien umzusteigen.

Kohlekraftwerke ohne CO<sub>2</sub>-Abscheidung sind klimapolitisch nicht verantwortbar. Beim neuerdings von der konventionellen Energiewirtschaft propagierten Einsatz so genannter CO<sub>2</sub>-freier Kohlekraftwerke muss die Energiewirtschaft beim Wort genommen werden. Auf neue Kohlekraftwerke muss mindestens so lange verzichtet werden, bis die angekündigten so genannten CO<sub>2</sub>-freien Kraftwerke technisch machbar und ökologisch vertretbar sind. Die Einleitung von CO<sub>2</sub> in Meere ist in jedem Fall ökologisch nicht zu verantworten. Da die ökologisch vertretbaren, langfristig sicheren Lagerstätten sehr begrenzt sind, kann die Sequestrierung allenfalls eine kurzfristige Übergangstechnologie sein. Sie steht nach Auskunft der Industrie frühestens 2020 zur Verfügung. Die CO<sub>2</sub>-

Abscheidung kann also in keiner Weise massive Anstrengungen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien ersetzen.

Es ist elementare Aufgabe der öffentlichen Hand, den Zugang zu den netzgebundenen Infrastrukturen zu fairen Konditionen zu ermöglichen: durch starke Wettbewerbsaufsicht oder die Übertragung der Netze in das Eigentum der öffentlichen Hand. Deshalb plädieren wir entschieden dafür, beim Börsengang der Deutschen Bahn die Schiene in Bundesbesitz zu belassen. Bis auf geringfügige Ausnahmen besteht für das deutsche Straßennetz kein Zubaubedarf mehr. Deshalb müssen wir weg vom Neubau, hin zur Bestandspflege und -verbesserung. Wir wollen, dass die Stromnetze und die Stromerzeugung getrennt und entflochten werden. Der Betreiber des Netzes muss ein Interesse daran haben, dass jeder es diskriminierungsfrei nutzen kann. Dabei ist eine mögliche Option, die Stromnetze in öffentliches Eigentum zu überführen.

*ÖkoMobil 2020*: Um den Ölbedarf für Mobilität drastisch zu senken und bis 2020 mindestens 20 Prozent des Autoverkehrs auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel zu verlagern, schlagen wir verbindliche Obergrenzen für den Flottenverbrauch von Autos, den Einsatz von Biotreibstoffen aus umweltverträglicher Landwirtschaft, Steuererleichterungen, Elektromotoren und ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen vor. 1-Liter-Autos sind kein Hirngespinnst sondern machbar. Im Ergebnis würde leichteren Fahrzeugen mit neuen Antrieben der Markt geebnet und die Innovationskraft eines der wichtigsten Industriezweige endlich in eine umweltverträgliche Richtung gelenkt werden. Die Beispiele von London und Stockholm zeigen, dass der mit Abstand erfolgreichste Weg für rasche Verlagerungen des Automobilverkehrs auf Bus und Bahn in Ballungsräumen die Einführung einer City-Maut ist. Wir wollen dafür eine bundesgesetzliche Rechtsgrundlage schaffen. Die Einnahmen sollen der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs zufließen. In Ballungsräumen muss dazu ein wohnortnahes Netz von Carsharing-Stationen aufgebaut werden, das die temporäre Nutzung - und nicht den Besitz - von Autos unterstützt. Wir wollen deshalb attraktive Standorte im öffentlichen Raum für Carsharing-Stationen zur Verfügung stellen. In Bezug auf die KFZ-Besteuerung muss zügig eine CO<sub>2</sub>-bezogene Kfz-Steuer eingeführt werden. Dabei sollte pro zusätzlicher CO<sub>2</sub>-Einheit ein deutlicher Anstieg in der Besteuerung erkennbar sein. Nur so lässt sich eine größere Nachfrage nach benzinsparenden Autos erreichen. Durch diesen Anreiz wird die Autoindustrie dazu angehalten, mehr kraftstoffsparende Fahrzeuge zu produzieren. Die LKW-Maut muss im nächsten Schritt auf alle Bundesstraßen ausgeweitet werden. Wir setzen uns für eine Preisgestaltung beim ÖPNV ein, die ihn attraktiver macht, als die Nutzung privater PKW. Beim klimaschädlichen Flugverkehr müssen endlich Kerosinsteuern eingeführt und die volle Mehrwertsteuer erhoben werden; auch ist dieser Sektor in den europäischen Emissionshandel mit einzubeziehen. Wir fordern darüber hinaus die Einführung einer Flugticketabgabe zur Armutsbekämpfung im Sinne der UN-Millenniumsziele. Der weitere Ausbau von Regionalflughäfen muss gestoppt und die Subventionierung der Billigflieger wie des gesamten Flugverkehrs beendet werden.

**Beschluss:**

Für einen radikalen Realismus in der Ökologienpolitik  
S. 8/11

Bündnis 90/Die Grünen  
26. Bundesdelegiertenkonferenz  
1.-3. Dez. 2006, Rheinparkhallen Köln

*Grüne Chemie als Zukunftsbranche* : Die Chemie- und Kunststoffindustrie ist eine der wichtigsten Industriebranchen in Deutschland. Im Alltag der Menschen spielt Chemie eine zentrale Rolle. Sie umgibt uns in Möbeln und Lacken, in Kleidung, Spielzeug und Nahrungsmitteln. Nur: Nachhaltig ist Chemie bis heute nicht. Hier müssen wir ansetzen und die gesamte Chemieproduktion sicherer, ökologischer und nachhaltiger gestalten. Neben der Frage wie viel Energie, Wasser und Rohstoffe bei den chemischen Syntheseprozessen verbraucht werden und wie viel Abfall entsteht, kommt es uns vor allem darauf an, dass von Produkten zukünftig keine Gefährdung von Mensch und Umwelt mehr ausgehen kann. Beim Großteil der 100.000 Chemikalien, die in der EU auf dem Markt sind, sind die Eigenschaften und Verwendungen kaum bekannt. Wir setzen uns daher vehement für eine starke umwelt- und verbraucherfreundliche EU-Chemikalienpolitik REACH ein, die uns vorsorgend schützt und dafür sorgt, dass hochgefährliche Stoffe schnell ersetzt werden. Der eigentliche Schutz durch REACH beginnt aber erst mit der konsequenten Anwendung. Wir werden daher die Umsetzung in Deutschland und Europa kritisch begleiten, damit eine giftfreie Zukunft Wirklichkeit wird.

Darüber hinaus wollen wir auch in dieser wichtigen Wirtschaftsbranche den Wechsel der Rohstoffbasis, weg vom Erdöl hin zu erneuerbaren Ressourcen vollziehen. Wie bei den Erneuerbaren Energien müssen wir dazu auch in der Chemiepolitik Anreize für ökologische Innovationen im Bereich der Stoff- und Produktpolitik setzen.

*Biodiversität erhalten*: Für die Grünen waren Naturschutz und die Bewahrung der biologischen Vielfalt immer politische Ziele erster Ordnung: in der Dimension des Schützens, aber auch in der Dimension der nachhaltigen Nutzung. Die Bedeutung dieses Politikfeldes steigt durch den drohenden Klimawandel rasant an: einerseits werden die natürlichen Senken der Klimagase, die Böden, Wälder und Ozeane, überfordert, andererseits droht ein unwiederbringlicher Verlust an Lebensräumen und Lebensgemeinschaften. Klimaschutz ist deshalb auch Naturschutz. Mindestens 10 Prozent der Flächen in Deutschland müssen unter Schutz gestellt und vernetzt werden, um den Mobilitätsbedürfnissen wandernder Tierarten zu entsprechen. Umweltverträgliche Landwirtschaft und eine vorsorgende Siedlungspolitik sind schon um ihrer selbst willen bereits dringlich, werden aber aus Gründen des Klimaschutzes noch dringlicher. Wir setzen uns dafür ein, dass der Schutz der Biodiversität systematisch in alle relevanten Politikfelder integriert wird. Vor allem in der Ökologisierung der internationalen Agrar- und Handelspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit sehen wir eine große Herausforderung, die es zu bewältigen gilt, gerade auch im Rahmen der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft sowie der WTO-Verhandlungen. Wir wollen auch verhindern, dass sich große Saatgut- und Pharmakonzerne die biologische Vielfalt der Welt unter die Nägel reißen. Den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft lehnen wir ab.

### **Die Grünen brauchen eine Diskussion über die Zukunft der Ökologiepolitik**

Die hier vorgeschlagenen Projekte sind mögliche Projekte, nicht die einzigen denkbaren. Wir wollen in unserer Partei darüber streiten, denn es gibt eine Fülle von

Fragen, die höchst kontrovers sind und heute oft unter einer Scheinharmonie begraben liegen und auch bei den Grünen einer intensiven Debatte bedürfen:

- Sind permanentes Wirtschaftswachstum und Klimaschutz überhaupt vereinbar?
- Brauchen wir nicht einen viel fundamentaleren Kultur- und Lebensstilwandel als die wohlige Sprache der „ökologischen Modernisierung“ suggeriert? Oder ist nicht gerade ein neuer Technikoptimismus erforderlich, der die ökologische Herausforderung als faszinierende Chance gesellschaftlicher Modernisierung begreift?
- Wie gehen wir eigentlich mit inner-ökologischen Zielkonflikten um: dem zwischen Bioenergie und Biodiversität, dem zwischen Landschaftsschutz und Windkraft, dem zwischen der Kreislaufwirtschaft und einer drohenden Schadstoffakkumulation?
- Wie halten wir es mit Technologien, die unseren Idealen nicht entsprechen, aber potenziell zum Klimaschutz beitragen könnten, etwa der Kohlendioxidabscheidung in Kohlekraftwerken?
- Wie wollen wir ökologische und soziale Ziele so verknüpfen, dass sie sich wechselseitig stärken?
- Suchen wir die Zusammenarbeit mit großen Firmen auch dann, wenn diese unsere Ziele nur teilweise verfolgen und auf anderen Gebieten die Umwelt schädigen? Oder sehen wir vorrangig die sozialen Bewegungen als unsere wichtigsten Bündnispartner?

Diese und andere Fragen brauchen eine ehrliche Diskussion, damit lösungsorientierte Politikkonzepte entwickelt werden können.

### **Für eine "Neue Ökologische Politik"**

Unabhängig davon, dass es oberste Priorität sein muss, den Ausstoß der klimarelevanten Spurengase drastisch zu verringern, muss konsequentes politisches Handeln bereits jetzt auch die Anpassung an den sich schon vollziehenden Klimawandel beinhalten. Selbst wenn es gelingt, die durchschnittlich Erwärmung weltweit auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, ergeben sich daraus weit reichende Konsequenzen z.B. für die Trinkwasserversorgung, für die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei, für die Gesundheitsfürsorge und die Energieversorgung.

In ökologischer Politik liegt unsere Stärke, ob in den Parlamenten oder in der Gesellschaft. Das jüngste Beispiel ist die von uns unterstützte Kampagne zum direkten Ausstieg aus der Atomenergie durch einen Umstieg auf grünen Strom. Wir wollen aber noch stärker werden und vermehrt an den „langen Linien“ ökologischer Politik arbeiten.

Wir beauftragen deshalb den Bundesvorstand damit, 2007 ein Forum "Neue Ökologische Politik" einzuberufen. Dieses soll sich systematisch mit den Fragen des Klimaschutzes, des ökologischen Strukturwandels und der nachhaltigen Entwicklung befassen und die Thesen und Projekte konkretisieren. Das Forum soll den Dialog mit dem befreundeten Umfeld suchen, also den Umweltverbänden, der

Wissenschaft, der "Green-Business-Community", der Nord-Süd-Bewegung, Technologie-Initiativen und anderen. Ziel ist, Akzeptanz und Unterstützung für die neuen Projekte zu schaffen und diese soweit zu konkretisieren, dass mit ihnen offensiv in die nächsten Wahlkämpfe gegangen werden kann.

Wir sind die Partei des Klimaschutzes und bringen das auch in der innerparteilichen Diskussionskultur zum Ausdruck. Nur so sind wir glaubwürdig und können gegen die pessimistische Haltung anarbeiten, der Klimawandel sei ohnehin nicht mehr aufzuhalten. Wir stehen für einen neuen und radikalen Realismus in der Ökologiepolitik.